

Österreich setzt Familiennachzug aus: Wer bleibt auf der Strecke?

Am 4. Juni 2025 setzt Österreich den Familiennachzug aus. Innenminister Karner begründet dies mit einem Notstand, was Menschenrechte gefährdet.



Wien, Österreich - In einem hitzigen politischen Klima hat die österreichische Regierung beschlossen, das Recht auf Familiennachzug für ein Jahr auszusetzen. Das bedeutet, dass die Anträge von geflüchteten Menschen, die ihre Kinder oder Ehepartner nach Österreich holen möchten, größtenteils ignoriert werden. Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) beruft sich hierbei auf einen Notstand, um die Maßnahme zu rechtfertigen. Diese Neuregelung hat weitreichende Auswirkungen auf die betroffenen Familien, die oft ohne ihre Lieben in unsicheren Verhältnissen leben müssen. So beschreibt **Falter**, dass viele in der emotionalen Zerrissenheit gefangen sind.

Die Auswirkungen sind nicht nur lokal spürbar. Laut **Amnesty International** wird der Zugang zu einem sicheren und regulären Weg in die Heimat erschwert. Anträge auf Familienzusammenführung werden nicht nur verzögert, sondern könnten in vielen Fällen völlig zum Erliegen kommen. Vor allem Kinder und Frauen sind von diesen Einschränkungen betroffen, was sie in die Irregularität und auf gefährliche Fluchtrouten treiben könnte. Hier wird deutlich, dass die Regierung nicht nur mit rechtlichen, sondern auch mit ethischen Fragen konfrontiert ist.

Politische Reaktionen

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.falter.at• www.amnesty.at• www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at